

Druckbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-208
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Goldstraße 9-5 Uhr
Verleger: Hermann-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Bayrischer Kotau vor den Putschisten.

Muprecht, v. Soden, Held wollen nichts gesagt haben.

München, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Ein lächerliches Versteckspiel beginnt vor und hinter den Kulissen der bayerischen politischen Bühne. Herr v. Soden will weder für seine Person noch für den Kronprinzen mit dem Interdikt etwas zu tun haben, das die Prager deutschnationalen „Bohemia“ veröffentlicht hat und in dem gegen Hitler und seinen Anhängel allerhand Unangenehmes zu lesen war. Nun erklärt auch Geheimrat Held, daß er den auffeherregenden Artikel im „Regensburger Anzeiger“ über die politische Tätigkeit Ludendorffs weder verfaßt noch veranlaßt habe. Deshalb seien alle Angriffe gegen ihn, seine Fraktion und seine Partei hinfällig. Diese Erklärung hat ausförmig lange auf sich warten lassen, denn der erste Artikel im „Regensburger Anzeiger“ ist bereits am 15. März erschienen.

Münchener neuestes Demofratentum.

München, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Dr. Fröh Gerlich, der Chefredakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“, noch immer Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, schreibt heute:

„Herrn Severings Gedanken sind auf eine absolute Parteiherrenschaft gerichtet, natürlich seiner, der sozialistischen Partei. Seine erste Aufgabe ist es, die Kraft aller derjenigen zu vernichten, die einer Parteidiktatur widerstreben.“

Das Blatt unterstellt, wenn auch verschleiert, dem Genossen Severing die Absicht, den Frant zu stützen. Das Blatt marschiert also in einer Linie mit der rechtsradikalen Presse, die immer wieder von „Deutschenverfolgung in Preußen“ schreibt. Mag der Gegenfah der hiesigen Deutschnationalen zur Haltung ihrer preußischen Instanzen Angelegenheiten dieser Partei sein, so müßte doch endlich die Deutsche Demokratische Partei

den Scheid aufbringen, einen Mann abzuschütteln, der sie um den letzten Rest ihres Ansehens bringen muß!

Zu der Mitteilung, daß das preußische Staatsministerium einstimmig die Politik des Innenministers gebilligt hat, schreibt die „Münchener Post“:

„Diese amtliche Meldung wird nun wohl die letzten Zweifel darüber zerstreuen, daß die von Severing getroffenen Maßnahmen nicht nur sachlich geboten, sondern auch frei von parteipolitischen Beweggründen waren, die man ihm so gern untergeschoben wollte. Dem preußischen Ministerium, das auf der Grundlage der sogenannten Großen Koalition gebildet wurde, gehören auch Mitglieder der Deutschdemokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei an, und es ist von nicht unerheblicher allgemeiner politischer Bedeutung, daß sich diese mit Severing in dessen Kampf gegen die Rechtsputschisten solidarisch erklärt haben.“

Tätigkeit republikanischer Beamter.

München, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Ein monarchistisches Komitee sammelt in Bayern Gelder zum Bau einer Gedächtniskapelle für den letzten König Ludwig und seine Frau Maria Theresia in Wildenwörth. Dem Komitee gehören einzelne Regierungspräsidenten an. In einem Falle hat ein Regierungspräsident verschiedene Bürgermeister ersucht, für die Kapelle Gelder zu sammeln. Unser Münchener Parteiorgan die „Münchener Post“ bemerkt dazu: „Daß ausgerechnet hohe Beamte der Republik sich dazu hergeben, ihre amtliche Stellung zu mißbrauchen, um die ihnen amtlich unterstellten Bürgermeister zu solchen Zwecken anzuhalten, ist ein Skandal, der eben doch nur in Bayern möglich ist.“

Was macht Joch in Prag?

Aus Wien geht uns folgende Nachricht zu, die, wenn sie sich bestätigte, geeignet wäre, großes Aufsehen zu erregen:

Marshall Joch befindet sich seit Freitag in Prag und sucht die tschechoslowakische Regierung zum Einmarsch nach Bayern zu bewegen. Minister Beneß hat abgelehnt, dem Wunsche zu entsprechen, da die tschechoslowakische Regierung aus militärischen und kommerziellen Gründen zurzeit hierzu nicht in der Lage sei. Joch setzt seine Bemühungen fort.

Wir fügen hinzu, daß wir diese Warnnachricht nicht wiedergeben würden, wenn nicht ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit für ihre Richtigkeit spräche. Hoffentlich erkundigt man sich in Paris genauer danach, wie es damit bestellt ist. Von der klugen Prager Regierung ist allerdings nicht anzunehmen, daß sie ihre Haltung ändern und auf diese verrückte Generalidee schließlich doch hereinfallen könnte.

Reparationskommission und Dollaranleihe.

Verneinung der Berechtigung zur Ausgabe.

Paris, 28. März. (CE.) Laut „Matin“ beschloß die gestern die Reparationskommission mit dem Bericht ihres juristischen Ausschusses über die Frage der Vereinbarkeit der deutschen Dollaranleihe mit dem Versailler Artikel 248. Die Fragen wurden folgendermaßen gestellt und beantwortet: 1. Hatte das Reich das Recht, ohne Zustimmung der Reparationskommission eine Anleihe auszugeben? Diese Frage wurde einstimmig mit „Nein“ beantwortet. 2. Hat die Reparationskommission laut Artikel 248 das Recht, das Ergebnis der deutschen Anleihe als Einnahme für die Reparationen zu betrachten und die Uebergabe des gesamten Zeichnungsergebnisses oder eines Teiles davon zu fordern? Der französische und der italienische Delegierte antworteten bejahend, der belgische, englische und amerikanische Vertreter verneinten. 3. Sind die von der Reichsregierung und von der Reichsbank den Zeichnern der Anleihe angebotenen Garantien gültig? Mit Ausnahme des französischen Delegierten antworteten alle anderen bejahend und erklärten, die Reichsbank sei ein Privatinstitut, und die Alliierten hätten insoweit über sie keine Generalhypothek. Die Reichsbank könnte ausserordentliche Garantien geben. Sir Sohn Braddbury und der Belgier Delacroix wurden beauftragt, gemäß den erteilten Antworten eine Note an die Kriegskostenkommission zu senden. Dem „Matin“ zufolge dürfte darin ausgeführt werden, daß der Versuch der Ausgabe der Anleihe ohne Zustimmung der Reparationskommission die Versailler Bestimmungen nicht erfüllt. Die Reparationskommission behalte sich weiter alle Rechte auf die Güter und Einnahmen im Deutschen Reich vor.

In der Frage der Einmischung der Reparationskommission in die von Deutschland ausgelegte Dollaranleihe erfahren wir, daß die deutsche Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß die Reparationskommission kein Recht hat, sie an der Ausgabe von Anleihen zu behindern. Erneut wird betont, daß die durch die Anleihe eingehenden Devisen nicht zur Deckung von Ausgaben des Reiches verwendet werden, sondern in das Eigentum der Reichsbank übergehen, um dort als Fonds zu dienen bis zur Rückzahlung der Schahanweisungen.

Die Verfassung Großrumäniens ist mit 262 gegen 8 Stimmen von der Abgeordnetenkammer angenommen worden. Die neue Verfassung weist wenig Veränderungen gegenüber dem Wortlaut der alten auf. Die wichtigsten Bestimmungen betreffen die Nationalisierung der Bodenschätze und die Enteignung der Wälder zwecks Schaffung von Gemeindewäldern.

Ein italienischer Vermittlungsschritt?

London, 28. März. (CE.) Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph erklärt, daß Mussolini zweifellos in der vorigen Woche bei der deutschen Regierung Vorstellungen erhoben und ihr geraten habe, den Alliierten ein konkretes Angebot in der Reparationsfrage zu machen. Der Mitarbeiter des Daily Telegraph fügt hinzu, es sei sogar möglich, daß diese Initiative Mussolinis dem Duay d'Orsay und dem deutschen und italienischen Botschafter in Paris bekannt geworden sei und daß der italienische Botschafter in London, Marchese della Locella, am vorigen Montag gelegentlich eines Besuchs im Foreign Office Lord Curzon davon Mitteilung gemacht hätte.

Die Moskauer Todesurteile.

Moskau, 27. März. (DE.) Das Präsidium des Allrussischen Zentralerekutivkomitees hat gestern den Beschluß gefaßt, die Vollstreckung des Todesurteils gegen den Petersburger katholischen Erzbischof Czeplak und den Prälaten Butkewicz bis zu einer besonderen diesbezüglichen Verfügung des Präsidiums auszusetzen. Dieser Beschluß eröffnet Aussicht auf eine etwaige Strafmilderung, obwohl eine ähnliche Verfügung in Sachen des Petersburger Metropolitens Benjamin seinerzeit die sofortige Vollziehung des Todesurteils nicht abgewandt hatte.

Polnischer Protest.

Warschau, 27. März. (IU.) Die Nachricht von den Moskauer Todesurteilen gegen die beiden hohen Geistlichen hat hier große Erregung hervorgerufen. Ministerpräsident Sikorski hat dem hiesigen sowjetrussischen Gesandten eine scharf gehaltene Erklärung abgegeben. Er betont darin, daß Polen niemals sein Desinteressent an den polnischen Minderheiten in Rußland und an polnischen Geistlichen erklären werde. Er warnt die Sowjetregierung vor einer Vollstreckung der Urteile, die einen beispiellosen Gewaltakt darstellen, für den die volle Verantwortung auf die Sowjetregierung entfalle.

Die Vollstreckung der Moskauer Todesurteile inhibiert.

Warschau, 27. März. (IU.) Der Sowjetgesandte Obolenski hat dem Ministerpräsidenten Sikorski mitgeteilt, daß die Vollstreckung der Todesurteile gegen den Erzbischof Czeplak und den Prälaten Butkewicz nicht stattfinden werde.

Hauffestimmung an der Börse.

Die Geschäftsrille, die heute im vorbörslichen Effektenverkehr zu beachten war, war die der Börse einer allgemeinen Hauffe. Die zunehmende Gedrücktheit bot der Spekulation die Möglichkeit, sich leichter mit Effekten einzudecken. Sie machte von dieser Gelegenheit ausgiebigen Gebrauch, da man mit einer weiteren Belebung des Geschäftes im April rechnet. Die außenpolitische Lage wird auf Grund der neuen Mitteilungen aus Italien, Amerika und England freundlicher beurteilt. Man glaubt, daß auch in Frankreich einflußreiche Kreise von der Rufflosigkeit der Ruhrbesetzung überzeugt seien und daß deshalb gewisse Aussichten für eine Verständigung bestehen. Die Besorgnisse, die man in den letzten Tagen hinsichtlich der innenpolitischen Lage hegte, haben sich als ziemlich unbegründet erwiesen. Von der Herabsetzung der Kohlenpreise und der Kohlensteuer verspricht man sich eine günstige Rückwirkung auf das Exportgeschäft der Fertigungsindustrien. Behaftetes Interesse bringt natürlich die Börse der Frage entgegen, wie hoch die Dollarschahanleihe gezeichnet sei. Amtliche Mitteilungen liegen hierüber noch nicht vor.

Demaskierung.

Deutschlands Verhandlungsbereitschaft. Frankreichs Vertragsbruch.

Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Reichstags hat gestern nach langer vertraulicher Debatte seinen einmütigen Wunsch zu erkennen gegeben, durch Fortführung des passiven Widerstandes und durch internationale Abmachungen eine Befreiung des Ruhrgebiets von der unrechtmäßigen Invasion herbeizuführen. Auch der deutschnationalen „Tag“ faßt dieses Ergebnis der Ausschussberatung dahin auf, daß Deutschland zu Reparationsverhandlungen jederzeit bereit ist, sobald Frankreich durch Beendigung seiner terroristischen Politik im Ruhrgebiet den Willen zu neuen rechtsträftigen Vereinbarungen zu erkennen gibt“. Die extrem-nationalistischen Kreise sind mit diesem Ergebnis so wenig zufrieden, daß die „Deutsche Zeitung“ von einem „zweiten Dolchstoß“ spricht und ihren Lesern erzählt, daß sich „Regierung und Volksvertreter der nichtmarxistischen Parteien der internationalen Sozialdemokratie gebeugt“ hätten. Denn mit Hilfe von internationalen Verhandlungen die Befreiung des Ruhrreviers herbeizuführen wollen, heiße erst verhandeln und dann räumen, während die Regierung bisher die Auffassung vertreten hätte, daß erst nach völliger und restloser Räumung des Ruhrgebiets in irgendwelche Verhandlungen eingetreten werden könne.

Ganz so, wie es die „Deutsche Zeitung“ darstellt, liegt nun die Sache nicht. Die Regierung hat niemals gesagt, daß internationale Verhandlungen erst nach der Räumung beginnen können, und die Erklärung des Auswärtigen Ausschusses lehnt ein Verhandeln, das nur ein Scheinverhandeln ist, während es in Wirklichkeit die Kapitulation bedeutet, mit größter Entschiedenheit ab. Allerdings, wenn gesagt wird, daß die Befreiung des Ruhrreviers durch Fortsetzung des passiven Widerstandes und durch internationale Abmachungen herbeizuführen sei, so wird damit ausgedrückt, was jeder Mensch mit gesundem Sinnen ohnehin weiß, daß die Räumung des Ruhrreviers nur auf Grund internationaler Abmachungen möglich ist. Denn ein Mittel, sie auf andere Weise herbeizuführen, ist nicht vorhanden.

Soviel darf also als feststehend betrachtet werden: Wäre Frankreich bereit, sich mit Deutschland auf ein erfüllbares Programm zu einigen und nach erfolgter Einigung auf alle militärischen Machteingriffe in deutsches Gebiet zu verzichten, so stände der Einigung kein Hindernis im Wege.

Wir sind aber gezwungen, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen und anzuerkennen, daß wir leider noch lange nicht so weit sind. Zugleich mit dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstags hat gestern der Finanzausschuss der französischen Kammer getagt, und aus der Rede, die Herr Poincaré dort gehalten hat, geht klar hervor, daß die französische Regierung nicht Verhandlungen will, zu denen Deutschland bereit ist, sondern daß sie das will, was ganz Deutschland einmütig ablehnt, nämlich die Kapitulation.

Die französische Regierung will nicht verhandeln mit dem Ziel, daß sie ihren Raub wieder zurückgibt, sondern sie will den Raub als Pfand behalten und das Ruhrgebiet nur etappenweise räumen in dem Maße, in dem Zahlungen erfolgt sind. Dazu hat sie kein Recht, denn der Vertrag von Versailles umgrenzt die territorialen Pfänder, die die Alliierten zu diesem Zweck in Anspruch nehmen können, genau und läßt eine Verlängerung der Räumungsfristen nach den Wünschen einzelner Mächte nicht zu. Nicht das Ruhrgebiet, sondern das Land links des Rheins spielt im Vertrag die Rolle dieses territorialen Pfandes, und die Gesamtheit der Alliierten und Assoziierten hat darüber zu beschließen, wie entsprechend der fortschreitenden Erfüllung des Vertrages durch Deutschland dieses Pfand abschnittsweise — nach dem Vertrag in drei Abschnitten von 5 zu 5 Jahren — zurückzugeben ist. Da der Vertrag schon mehr als drei Jahre läuft, wird die Frage der Räumung der ersten Zone in weniger als zwei Jahren zur Entscheidung stehen. Mit der Räumung der ersten Zone würde aber die Ruhrbesetzung von selbst in Fortfall kommen müssen, da sonst die Befehung von der Verbindung mit Frankreich abgeschnitten wäre.

Wenn die französische Regierung eine Dauerbesetzung des Ruhrgebiets ins Auge faßt, so beweist sie damit, daß sie über das Recht ihrer Verbündeten, in der Frage der Räumung der ersten Zone mitzubestimmen, ganz einfach hinwegzuschreiten entschlossen ist. Das entspricht ja auch ganz der von Poincaré einseitig, ohne Befragung der Verbündeten, aufgestellten These, daß die Fristen zur Räumung des Rheinlands noch gar nicht zu laufen begonnen haben. Mit anderen Worten: Die französische Regierung revidiert den Vertrag von Versailles auf eigene Faust, indem sie der Rheinlandsbesetzung den vertragsmäßigen Charakter einer Pfandbesetzung nimmt und an Stelle des Rheinlands, das militärisch dauernd in der Hand Frankreichs bleiben soll, das Ruhrrevier zum Reparationspfand macht.

Bohloollende Beurteiler der französischen Politik könnten auf den Gedanken kommen, Frankreich wolle nur aus Prestige gründe in eine rasche und restlose Räumung des widerrechtlich besetzten Gebietes nicht einwilligen, es sei aber vielleicht doch bereit, die Etappen der Räumung so kurz zu bemessen, daß zwischen einer etappenmäßigen Räumung und einer mit einemmal erfolgenden kein großer Unterschied bleibe. Aber auch diese Auslegung wird durch die Erklärung Poincarés unmöglich gemacht, „die Räumung von Essen könne erst in letzter Linie ins Auge gefaßt werden, wenn die Gesamtregelung der Reparationen erfolgt sei“. Oder, wie es in einem Privattelegramm der „Wollischen Zeitung“ noch



deutscher heißt, wenn die Totalsumme der Reparationen vollständig abgetragen sei.

Nach dem Vertrag von Versailles soll die Räumung des ganzen linksrheinischen Gebiets binnen 15 Jahren, d. h. von jetzt ab binnen weniger als 13 Jahren, erfolgen, wenn die Bedingungen des Vertrages von Deutschland erfüllt werden. Der Vertrag sieht aber nicht vor, daß Deutschland die Gesamtschuld der Reparationen binnen 15 Jahren zu bezahlen hat. Die Räumung hat vielmehr vertragsmäßig zu erfolgen, wenn Deutschland nach Ablauf der Fristen diejenigen Teile seiner Verpflichtungen erfüllt hat, deren Erfüllung ihm innerhalb dieser Fristen vertragsmäßig obliegt.

Die französische Regierung will aber ein Gebiet, das im Vertrag von Versailles gar nicht genannt ist und logischerweise daher auch das im Vertrag näher bezeichnete Gebiet mindestens solange behalten, bis die Totalsumme der Reparationen vollständig abgetragen ist. Der Vertragsbruch, den die französische Regierung nicht nur Deutschland, sondern auch seinen Verbündeten gegenüber begeht, liegt somit offen zutage.

Deutschland soll Frankreich helfen, diesen Vertragsbruch zu vollenden. Es hat nicht diese Absicht, es hat nicht einmal das Recht dazu! Die deutsche Regierung hat sich dagegen bereit erklärt, nach dem Vorschlag zu verfahren, den der amerikanische Staatssekretär Hughes in seiner Rede in New Haven am 29. Dezember gemacht hat. In Amerika ist Vernunft — leider nicht auch der Wille, sie durchzusetzen.

Da das Ziel, durch Fortführung des passiven Widerstandes und durch internationale Abmachungen die Befreiung des Ruhrreviers herbeizuführen, noch nicht erreichbar ist, bleibt als sichtbares Aktivum nur die einmütige Ablehnung der von der französischen Regierung geforderten Kapitulation und die einmütige Ueberzeugung von der Notwendigkeit, den passiven Widerstand fortzusetzen, bis das Ziel erreicht ist.

### Was hat Hughes vorgeschlagen?

Der Reichsminister des Auswärtigen v. Rosenberg hat in seiner gestrigen Rede im Auswärtigen Ausschuss auf die Darlegungen Bezug genommen, die der amerikanische Staatssekretär Hughes am 29. Dezember v. J. unmittelbar vor der Pariser Konferenz, in der historischen Gesellschaft in New Haven gehalten hat. Hughes sagte damals:

„Erste Voraussetzung für eine befriedigende Regelung des Reparationsproblems sei, daß die Frage aus dem Gebiet der Politik herausgehoben wird.“ Er schlug zu diesem Zwecke vor, Männer zusammenzubringen, die in ihren Heimatländern höchstes Ansehen in Finanzfragen genießen, Männer von solch anerkannter Erfahrung und Ernsthaftigkeit, daß eine von ihnen erzielte Einigung über die zu zahlende Summe und den finanziellen Plan durch Ausführung dieser Zahlungen in der ganzen Welt als ein Spruch angenommen wird, der mit der höchsten erlangbaren Autorität ausgestattet ist. Die in Betracht kommenden Regierungen brauchen sich nicht im voraus zur Annahme der so gefundenen Vorschläge zu verpflichten, können aber wenigstens die Untersuchung selbst ermöglichen und die Männer, die ihre Staaten in der gedachten Kommission vertreten, von jeder Verantwortlichkeit gegenüber ihren Auswärtigen Ministern und von jeder Gehorsamspflicht gegenüber politischen Befehlen entbinden. Grundbedingung Vorbedingung sei, daß das ganze im höchsten Grade wirtschaftliche Problem ausschließlich von seiner wirtschaftlichen Seite betrachtet werde. Was für Forderungen man auch gegen Deutschland erheben möge, in seiner Leistungsfähigkeit liege die Grenze der Erfüllung. Diese Grenze zu bestimmen und einen Finanzplan aufzustellen, der den europäischen Nationen das Gefühl verschaffe, daß die Grundlage für eine gemeinsame und ernsthafte Zusammenarbeit gelegt sei, das soll den Zweck der Kommission bilden. Die Mitglieder der Kommission sollen Männer von solcher Stellung und Unabhängigkeit sein, daß jede Sicherheit dafür gegeben ist, daß ihr Spruch ausschließlich von Sachkenntnis, Gewissenhaftigkeit und Pflicht zur Erforschung der Wahrheit diktiert sei.

„Hier öffnet sich“, schloß Hughes, „die breite Bahn einer Möglichkeit, sofern nur diejenigen, deren freiwilliges Handeln unerläß-

lich ist, entschlossen sind, sich ihrer zu bedienen. Und wenn dies einmal geschehen sei, so würden sich die Stroben amerikanischer Hilfsbereitschaft sicherlich hoffnungsvoll öffnen.“

Die Vorschläge von Hughes, die die offenkundige Bereitschaft der amerikanischen Regierung zeigten, bei der Regelung des Reparationsproblems mitzumachen, fanden leider bei den Teilnehmern der Pariser Konferenz nicht die Beachtung, die sie verdienen. Mit Recht konnte Lloyd George kürzlich, im Anschluß an diese Vorschläge, sowohl auf die Unfähigkeit Bonar Law wie auf die verhängnisvolle Rolle Poincarés hinweisen, dessen Plänen es anscheinend entsprach, daß die Pariser Konferenz ausstieg und der Vorschlag der amerikanischen Regierung in der Versenkung verschwand.

### Politik oder Geschäft?

Die Presse des In- und Auslandes fährt fort, über die Einzelheiten der italienischen Reise von Hugo Stinnes ellenlange Berichte zu veröffentlichen und sich in allerhand Kombinationen über den Zweck dieser Reise zu ergehen. Wir halten es für überflüssig, auf die Leistungen betriebsamer Pressechmacks einzugehen. Größere Beachtung verdienen indes die Ausführungen von Bertinag im „Echo de Paris“, das oft zu offiziellen Mitteilungen benutzt wird. Bertinag schreibt über Stinnes' Rolle in der internationalen Politik folgendes:

Im Frühjahr 1920 war Stinnes einer Entente mit Frankreich günstig gesinnt, wenngleich er nicht an den Konferenzen der französischen und deutschen Industriellen, die zu dieser Zeit in Paris stattfanden, teilgenommen hat. Es bestand damals die Absicht, die beiden miteinander kämpfenden Eisenindustrien durch Spezifizierung der Produktionsaufstellung, der Märkte usw., in einem ausgleichenden Verhältnis zu entwickeln. Im übrigen wurde über diese Besprechungen sofort nach London berichtet. Es kam über den Preis der Reparationskohle zu einem englisch-deutschen Abkommen, dessen Kosten im verfloßenen Juli Frankreich zu tragen hatte. Seit dieser Zeit hat Stinnes den Widerstand Deutschlands gegen den Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 ermutigt. Im Gespräch mit Franzosen gibt er sich gern als praktischer Mann aus. Er bietet den zerstörten Gegenden begrenzte aber sofortige Vorteile, deren Annahme indessen eine Aufgabe des Verfallenen Friedensvertrages bedeuten würden. Als Ausgleich für die von ihm geleisteten Dienste verlangt er große industrielle Vorteile, eine vollkommene Herrschaft über die Wirtschaft des Reiches, die Eisenbahnregie usw.

Die hier gemachten Angaben sind insofern bedeutungsvoll, als sie die allgemein in der deutschen Arbeiterschaft vorherrschende Auffassung bestätigen, daß Stinnes die Fragen der äußeren und inneren Politik vorzugsweise unter dem Gesichtspunkt des Geschäfts betrachtet. Seine verhängnisvolle Rolle auf der Konferenz in Spa im Sommer 1920 ist allgemein bekannt, nicht minder auch sein fortgesetzter Kampf gegen die Erfüllungspolitik der Regierung Birth. Sollte es sich bewahrheiten, daß Stinnes erneut am Werke ist, Politik und Geschäft miteinander zu vertoppeln, um die Kosten einer internationalen Verständigung der deutschen Arbeiterschaft aufzubürden, so würde das für den Abwehrkampf des Proletariats an der Ruhr eine schwere Belastungsprobe bedeuten.

### Worum es geht.

#### „Kapitalistischer oder proletarischer Ausweg?“

Die starke Abhängigkeit der deutschen kommunistischen Bewegung von der Moskauer Regierungspolitik ist selten so klar in Erscheinung getreten wie jetzt. Während die deutsche Arbeiterbewegung auf der einen Seite die Uebergänge des französischen Militarismus und Imperialismus abwehrt, im übrigen aber doch zu einer erträglichen und vernünftigen Verständigung über die Reparationsfrage zu gelangen wünscht, scheinen die Kommunisten national-bolschewistische Agitation für die Aufgabe der Stumbe zu halten. Bezeichnend für diese Illusionspolitik sind zwei Aeußerungen der Moskauer Instruktionen. In der „Roten Fahne“ schreibt Karl Radet nach einer Besprechung der Haltung

der einzelnen Fraktionen im Reichstag, die Stellung der kommunistischen Fraktion sei „schwachlich und theoretisch“ gewesen, „so es sich darum handelte, zu sagen, daß die Arbeiterklasse, die die Macht ergreift, Deutschland gegen die kapitalistische Welt verteidigen wird“. Und dann fährt er fort:

„Die deutsche Bourgeoisie ist ihrerseits gezwungen, vor der härteren internationalen Bourgeoisie zu kapitulieren. Das Proletariat... versteht noch nicht, im Namen seiner ganzen Zukunft und im Namen seines Volkes zu kämpfen und dadurch steht es in die Arme der Phantasten des Nationalismus auch solche Schichten der Bevölkerung, die infolge ihres sozialen Standes durch die Herrschaft des Proletariats viel mehr gewinnen als verlieren würden. Alles, was heute vor sich geht, ist nur eine Probe der künftigen Ereignisse, noch nicht die entscheidenden Ereignisse selbst.“

Und der andere turkestanische Grausritter und Kontrolleur der RPD, Heinrich Schubert, leitetest in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ folgendermaßen:

„Wir haben es bei der Sozialdemokratie mit einer gleichen Erscheinung wie bei der Bourgeoisie zu tun. Warum mag die Bourgeoisie in ihren positiven Widerstand nicht die Arbeiterklasse einzubeziehen? Warum wird die Arbeiterklasse des Ruhrgebiets nicht aufgefordert, mit allen Mitteln, über die sie verfügt, den Franzosen zu beweisen, daß sie im Rheinland nichts zu suchen haben? Die Arbeiter des Ruhrgebiets sind aufrechte Revolutionäre. Sie verfügen in reichlichem Maße über Mittel, die Franzosen zum Teufel zu jagen.“

In anderer Form trat Ljowitsch vor den Berliner Funktionären für dieselben Gedankengänge ein. Das alles zeigt, daß diese Leute nichts gelernt und nichts vergessen haben. Sie vermögen die Weltgeschichte eben immer nur unter dem Gesichtswinkel militärischer Auseinandersetzungen zu sehen und ihr ganzes Gebilde von dem angeblich „proletarischen Ausweg“, den sie empfehlen, kann doch niemanden darüber hinwegtäuschen, daß dieser sogenannte proletarische Ausweg in einem neuen nationalistischen Revanchekrieg gegen Frankreich endigen würde.

### Das Verbot der Freiheitspartei.

Die „D. A. Z.“ gegen die völksparteilichen Minister.

Erzweckung hat nicht nur der Reichsminister des Innern, Defor, es abgelehnt, der Beschwerde der deutschbolschewischen Abgeordneten gegen das Verbot ihrer sogenannten Partei Folge zu geben, sondern auch die völksparteilichen Minister der preussischen Regierung haben die Maßnahmen des Innenministers Genering mit den anderen bürgerlichen Ministern zusammen einmütig gebilligt. Das hindert die „D. A. Z.“ nicht, heute wieder gegen diese unermessliche Maßnahme Sturm zu laufen. Sie zitiert die Interpellation der deutschen Reichstagsfraktion, nach der dieser Eingriff eine schwere Gefährdung der Freiheit des politischen und parlamentarischen Lebens bedeutet. Auch die „D. A. Z.“ muß zugeben, daß die Geheimorganisationen, verurteilenswerdend und politisch gefährlich sind und daß davon noch viele existieren. Aber sie glaubt im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit auch ein Verbot der kommunistischen Partei fordern zu müssen. Dabei wagt sie natürlich sehr gut, daß der Dedmantel der Partei bei den Deutschbolschewischen nur der Legalisierung vorhandener bewaffneter militärischer Angriffsorganisationen dienen soll, von denen bei der kommunistischen Partei nicht die Rede sein kann. Mit den aufgeregten Redensarten der Kommunisten werden die Arbeiter allein fertig. Gegen die Waffen der Rechtswidrigkeit, gegen ihre offenen militärischen Vorbereitungen ist aber energisches Zupacken jeder Regierung, der an der Erhaltung der deutschen Einheit ernsthaft gelegen ist, unbedingt notwendig. Darüber können alle Ablehnungsmänner ebensowenig hinweghelfen, wie die noch so geschickte Verbreitung der blödsinnigsten Larentenachrichten über angebliche kommunistische Stoßtrupps durch alle bürgerlichen Agenturen.

Ein vernünftiger Beschluß. Nach einem Beschluß des Präsidiums des Moskauer Sowjets soll, wie die Russische Telegraphen-Agentur berichtet, jeden Monat eine Gruppe verantwortlicher Arbeiter nach dem Ausland, hauptsächlich nach Deutschland, geschickt werden, um die Volkswirtschaft des Auslandes kennen zu lernen. — Hoffentlich werden wir nach der Durchführung dieses Beschlusses weniger Reden zu hören bekommen, wie wir es eigentlich zu machen haben.

## Georg Kaiser: „Die Flucht nach Venedig“.

### Kammerstücke.

Georg Kaiser, zerlegt vom Ehrgeiz und nicht mehr von der Leidenschaft des Erfindens und Formens, schwört diesmal auf die Klügelhaftigkeit des Bananen. Er haut sein Drama zusammen aus Einfällen, auch aus Abfällen.

Weil George Sand, Weib im Untergeschloß des Körpers, Chemie im Oberstod des Kopfes, Alfred de Musset verließ, werden die Halbheit und die Hohlheit der Dichtertiefe entlarvt. Dichtertiefe ist Gehirn, nicht Blut. Stoff, der gedruckt wird, gelangt nur an die Oberfläche des Dichterbogens. So floh Musset vor dem Mannweibchen George Sand, dem sich das deutsche Fräulein an den Hals hängt, George Sand hält sich auch den italienischen Arzt in die Schlafkammer, sie ködert auch den englischen Fremdling. Musset, der Arzt, der Engländer, das unharmonische Fräulein, sie genügen alle nicht, um die Schriftstellerin, deren Feder rasen will, für immer zu fesseln.

Fünf Menschen, der Dichter, die Dichterin, der Arzt, der Lord, die romantische Schwärmerin reden nicht, was sie reden sollten. Sie erleichtern sich in den Bemerkungen Georg Kaisers. Diese Notizen zur Erkenntnis des Künstlers sind matt, alltäglich, literarisch, wenn auch überspitzt. Die Szenen, die gewaltig gegeneinander treiben, sind doch Monologe. Es bleibt nur das Liebesgeständnis in den Augenblicken, wo Musset und die Sand echt sind. Da muß die Routine ausheilen. Trotzdem wirkt der Aphorismus der Järslichkeit doch am meisten. Aber auch dieser feurige Ofen, in dem das Paar schmachtet, erweist sich als Bühnenatmosphäre.

Das Stück ist also schwach, weil der Dramatiker nur in Gedanken plätschert. Er läßt sich nicht in Blut auf. Das Stück läßt fast, weil der selbstfüchtige Dramatiker seine fünf Menschen gar nicht liebt, er befingert sie bloß oberflächlich und mit einiger Reugier. Das Stück ist schlecht, weil die innere Beere durch eine überhäufte Menge dramaturgischer Ueberrumpelungen gekehrt wird. Georg Kaiser fand einmal seinen Stil, jetzt klüffelt er sich in Hast und Geschäftigkeit, jetzt chmt er sich selber noch, ein Affe von sich selbst, ein ausgeklühter Schatten von sich selbst.

Walter Janßen spielte den Musset. Musset war ein Dichter, von dem die Romantiker sagten: Eine Frau hat schon viele Dichter getötet, aber niemals noch ein Dichter eine Frau. Das Passiv-Prädikat, die Serie, die sich beugt, die Harse, die leise tönt, die Dämmerung, die von jeder verschlungenen Sonne erzählt — das ist Musset. Er ist kein gewöhnlicher Liebhaber. Gut, die Kerze verateten, dieser Musset sei ein vertagener Schwächling mit häßlicher Krankheit gewesen; der ideale Musset, Urvater der künstlichen Rimi Pinson, die das süße Nadel von Paris ist, muß trotzdem die Haldheit spielen und ein geheimnisvolles Cello in der Kehle musizieren.

Ueber sozial Dichtertiefe verfügt Herr Janßen nicht. Fräulein Straub wird strapaziert. Sie ermüdet aber nicht. Die Mannigfaltigkeit ihrer Bewegungen ist groß. Dem Regisseur Bernhard Reich folgt eine Künstlerin, die ihre mimischen Ausdrucksmittel täglich bewußter meistert. Dabei ist es nicht leicht, für jede Rolle instinktiv den körperlichen Rhythmus zu erfinden. Nur fängt Fräulein Straub jetzt an, ihre Sprache zu vernachlässigen. Ganze Sätze gehen verloren, weil sie unachtsam redet. Sie ist zu einer starken Komödiantin geworden. Jetzt heißt es, Junge, Lippen und Kehlkopf derartig erziehen, daß sie am Worte nicht schmälern. Fräulein Straub wird stets eine aufgeweckte Schauspielerin sein, niemals eine Schlafwandlerin. Ihre Vogil ist vortrefflicher als ihre Aegit. Aber die Erfahrung lehrt, daß Schauspieler, die ihr Talent in Eis aufbewahren dürfen, um einige Jahre frischer bleiben als die ewig abhärten und lebenden. Max Hochdorf.

Beide Punkte International. Man schreibt uns aus Gelehrtenkreisen: Unmittelbar nach Ostern tritt in Brüssel eine Versammlung von Historikern zusammen, die sich „5. Congrès International des Sciences historiques“ nennt und dadurch andeutet, daß sie sich als Nachfolgerin jener internationalen Historikerkongresse betrachtet, die vor dem Kriege in Rom, Berlin, London, Petersburg seit dem Jahre 1905 abgehalten wurden. Um so merkwürdiger ist es, daß nach den Mitteilungen der Hochblätter ausdrücklich von der Einladung ausgeschlossen sind Gelehrte jener Länder, welche während des Weltkrieges gegen die Alliierten gekämpft haben. Ein Kongreß von Historikern macht sich zweifellos einer Falschmeldung schuldig, wenn er sich „international“ nennt, der aber die deutsche Wissenschaft ausschließt. Man möchte sich wundern, daß Gelehrte von verdienstlichen wissenschaftlichen Rängen sich zu dieser hergeben, wenn nicht auch andere Erscheinungen darauf hinweisen würden, daß der Krieg auf dem Gebiete der Wissenschaft mit anderen Mitteln fortgesetzt werden soll. So ist es bezeichnend, daß in der Sektion für Wirtschaftsgeschichte der Antrag auf Gründung einer „Internationalen“ Zeitschrift für Wirtschafts- und Wirtschaftsgeschichte schon seit zwei Jahrzehnten in Deutschland besteht, die programmgemäß Beiträge außer in deutscher auch in französischer, italienischer und englischer Sprache bringt. Die Mitglieder der Sektion des „Internationalen“ Kongresses, die selbst früher zum Teil Mitarbeiter der „Vierteljahrschrift“ waren, haben es sogar in der Vorankündigung ihrer Zeitschrift vermieden, die deutsche, in Wirtschaftsgeschichte Vierteljahrschrift zu erwähnen. Es ist zweifellos, daß nicht alle französischen Historiker auf dem beschränkt nationalistischen Standpunkte stehen, dessen Ausfluß das keimliche Vorgehen des „Internationalen“ Kongresses in Brüssel ist, es wäre aber wünschenswert, daß die Europäer unter ihnen sich auch zum Worte melden.

Wie der Mensch wächst. Das Wachstum gehört zu den großen Rätseln des Naturforschers, denen die Forschung nur behutsam und zögernd nachzuspüren vermag. In jeder einzelnen Körperzelle ist für ihre ganze Lebensdauer ein Wachstumsermögen vorhanden, und

auch wenn der Mensch „erwachsen“ ist, ist diese Wachstumsarbeit noch nicht abgeschlossen. Ueber die Wachstumsvorgänge beim Menschen unterrichtet E. Steiner in den „Naturwissenschaften“. Das Wachstum gehört zu den vererbten Eigenschaften; diese Erblichkeit erstreckt sich nicht nur auf Aufbau und Leistungsgröße des Organismus, sondern auch auf die Geschwindigkeit des Anlaufes. Wir kennen Rassen, ja sogar Familien, in denen alle Lebensvorgänge rasch ablaufen, und dann wieder andere, bei denen das Gegenteil der Fall ist. Das Wachstum ist auf die Dauer von dem Vorhandensein äußerer Reize abhängig, unter denen die Ernährung die Hauptrolle spielt. Daneben aber kommt vor allem der sogenannte „Lebensraum“ in Betracht, in den der Mensch hineingeboren wird. Darunter ist die Gesamtheit der geographischen, klimatischen, geschichtlichen und sozialen Umwelt zu verstehen. Bei Menschen, die unter gleichen geographischen Bedingungen leben, ist selbst dann, wenn sie verschiedene Rassen angehören, im Laufe der Zeit eine weitgehende Annäherung in Gestalt und Charakter zu beobachten. Ein Beispiel dafür sind die Amerikaner.

Für den Einfluß der geschichtlichen Verhältnisse ist besonders interessant, daß nach neuesten Statistiken die Jenerer Schulkinder von heute durchschnittlich um einige Zentimeter größer sind als die vor 40 Jahren. Die gleiche Erscheinung ist in Belgien beobachtet worden. Diese Tatsache, daß die Menschen von heute größer werden, geht auf die Lebensveränderungen des letzten halben Jahrhunderts zurück. Derselbe Vorgang ist nämlich auch im Kleinen bei den Kindern verschiedener sozialer Herkommen festzustellen. Volkskinder sind im Durchschnitt kleiner als Stadtkinder, und am größten werden die Kinder der gehobenen Stände. Die Industrialisierung Deutschlands, die immer mehr Menschen in die Städte bringt, hat also eine Wachstumszunahme zur Folge. Als Gründe für diese auffällige Erscheinung lassen sich anführen, daß der gesamte Stoffhaushalt des Kindes bei dem reichlicheren Aufenthalt im Freien eine größere Belastung erfährt, so daß Hemmungen der Wachstums- geschwindigkeit entfallen. Die Großstadtkinder dagegen unterliegen den aufsteigenden, das Nervensystem beständig peinigenden Einwirkungen des modernen Verkehrs und der Zivilisation. Durch die raschere geistige Entmicklung und höhere Ausbildung des Gehirns scheint auch eine solche der übrigen Gewebe hervorgerufen zu werden.

Theaterchronik. Im Neuen Theater am Zoo hielt Alfred Gerold vom Wiener Burgtheater am Karfreitag den Text in Goethes „Aphäntie auf Tauris“. — Die Gelberden-Gesellschaft bringt Othello im Theater am Kurfürstendamm, nachmittags 8 Uhr, Gelberden Schauspiel „Das Leben ein Traum“ zur Aufführung.

Der Chemiker James Dewar, der Entdecker der flüchtigen Luft und des Sprengstoffes Cordite, ist im Alter von 81 Jahren in London gestorben.

Die „neue Zeit“ in Frankreich. Die französische Regierung bereitet die Einführung einer neuen Zeit vor, die nicht nur als Sommerzeit, sondern dauernd in Kraft bleiben soll. An Stelle der jetzigen Mittagsstunde, die nach dem Meridian von Greenwich gebildet ist, soll in ganz Frankreich die Stahlsburger Zeit treten, die einen Vorprung von genau 20 Minuten gegenüber der Zeit von Greenwich aufweist. Mit dieser Lösung soll in dem Konflikt, den die Frage der Sommerzeit in Frankreich heraufbeschworen hat, ein Ausgleich geschaffen werden.



# Tartarennachrichten.

## Büchermeldungen über Thüringen.

Weimar, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Presseamt Thüringens teilt mit: „Erfurter“ und „Thüringer Allgemeine Zeitung“ und im Anschluß an diese das „Berliner Tageblatt“ in seiner Nr. 146 vom 27. März und der „Tag“ in seiner Nr. 74 vom 28. März geben eine Nachricht wieder, der zufolge am vergangenen Sonntag in mehreren Städten Thüringens Uebungen des proletarischen Selbstschutzes stattgefunden hätten, bei denen Gewehre, Karabiner und 100 Maschinengewehre mitgeführt worden seien. Von keinem der Thüringer Polizeiamter, die zu laufender Berichterstattung ausdrücklich angewiesen sind, ist bis jetzt eine Nachricht eingelaufen, die erkennen ließe, daß an dieser Meldung von einer angeblichen Bewaffnung thüringischer, republikanischer Selbstschutz- und Ordnunggruppen irgendwie ein wahres Wort ist. Nirgends in Thüringen ist bisher eine Bewaffnung der betreffenden Selbstschutzgruppen wirksam geworden. Bemerkenswert sei dabei, daß die überwiegende Zahl der in Frage kommenden Thüringer Polizeiamter von Beamten geleitet wird, die bürgerlich und keineswegs sozialistisch eingestellt sind. Augencheinlich handelt es sich um eine tendenziöse Erfindung, die von gewissen politischen Kreisen verbreitet wird, um die öffentliche Aufmerksamkeit durch eine Entlastungssoffensive auf Kosten Thüringens von dem gemeingefährlichen Treiben rechtsradikaler Verschwörerbanden abzulenken.

## Die Deutschvölkischen bei Oeser.

Die deutschvölkischen Parteiführer sind am gestrigen Dienstag beim Reichsminister des Innern Dr. Oeser wegen des von Minister Severin erlassenen Verbotes der deutschvölkischen Freiheitspartei vorstellig geworden. Dr. Oeser lehnte es ab, auf die politische Seite der Angelegenheit einzugehen, erklärte sich aber bereit, für eine mögliche Beschleunigung des Beschwerdeverfahrens beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik einzutreten und nahm die Beschwerdeschrift der Deutschvölkischen entgegen.

Seit heute früh erscheint in Berlin ein deutschvölkisches Parteiorgan „Die neue Freiheit“, das aber nur als ein Uebersetzungsblatt gedacht ist. Ab 1. April soll als offizielles Organ der deutschvölkischen Freiheitspartei das „Deutsche Tageblatt“ wieder erscheinen.

## Deutschlands „Erneuerer“.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat, wie kürzlich berichtet, den Redakteur Hottenrott der „Mitteldeutschen Presse“ und „Stahlfurter Tageblatt“ wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Damit hat eine schändliche Tat ihre Sühne gefunden. Das Schlimme ist nur, daß der eigentliche Urheber dieser schändlichen Verleumdung wieder einmal frei ausgeht. Der Ärgste der von Hottenrott veröffentlichten Artikel war entnommen der Monatschrift „Deutschlands Erneuerung“. Dort war als Verfasser Dr. phil. J. Jung angegeben, dessen Name auch in das Blatt des Hottenrott übernommen wurde. Der Oberstaatsanwalt in Magdeburg und der Generalstaatsanwalt in Raumburg haben zunächst Bedenken gegen die Strafverfolgung geäußert, so daß es des Eingreifens des preussischen Justizministers bedurfte, um die Anklage überhaupt herbeizuführen. Der Strafanzug wurde ganz korrekt auch gegen den Verfasser gestellt. Die Staatsanwaltschaft unterließ es aber, irgend etwas zu tun, das die Verjährung gegen den Verfasser Dr. Jung, dessen Aufenthalt damals nicht bekannt war, unterbrochen hätte. Als es endlich gelang, den Autor festzustellen, war dank dieser Verjährung die sechsmonatliche präventive Verjährung vollendet. Dieser Dr. Jung, der zur Zeit der Abfassung des Artikels in München lebte, ist inzwischen ordentlicher Professor an der Universität Marburg geworden. Ein Disziplinarverfahren hat damit geendet, daß ihm ein „Verweis“ erteilt wurde. Der ungeliebte Redakteur des Stahlfurter Volksblattens, der im Vertrauen auf den Ruf der Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“ und den Rang des Verfassers die Gemeinheiten nachgedruckt hat, muß — und völlig mit Recht — mit zwei Jahren Gefängnis dafür büßen. Der gelehrte Herr Verfasser der Verleumdungen behält das Recht, die deutsche Jugend weiter zu unterrichten. Und dabei besorgt sich die ehrenwerte Gesellschaft, zu der Herr Jung gehört, noch über Bestimmungsverfolgung.

## Das Elend der Kleinstatelei.

In Thüringen fallen am 1. April 1923 die letzten Reste des ehemaligen Thüringer Kleinstaatentums fort. Die wichtigsten Punkte des Gefehentwurfs über die Vermögensauseinandersetzung des Landes Thüringen mit seinen Gebieten besagen, daß mit dem 1. April die 7 thüringischen Gebiete aufhören, als Kommunalgebiete zu existieren. Sie verlieren das Recht der Selbstverwaltung und ihr Vermögen geht mit dem gleichen Tage mit allen Rechten und Pflichten auf das Land Thüringen über. U. a. übernimmt das Land Thüringen die zahlreichen, früher im Eigentum Sachsen-Weimar-Eisenach stehenden Kunst- und Erinnerungssachen des Goethe-Nationalmuseums in Weimar, Schloß- und Parkanlagen in Weimar, Tiefurt ufm. ufm. Der thüringische Landtag wird dieser Lage die endgültigen Auseinandersetzungsunterlagen der Regierung verabschieden. Demnach ist zu erwarten, daß am 1. April die Bereinigung Thüringens endgültig abgeschlossen sein wird. Für die Ueberwindung der deutschen Kleinstatelei ist damit eine bedeutende Arbeit geleistet worden, an der die sozialistische Arbeiterkraft in erster Linie beteiligt ist.

Der Preussische Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Wehmer Weissmann, ist zum Staatssekretär im Preussischen Staatsministerium ernannt worden.

## Devisenkurse.

	28. März		27. März	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	8226.18	8268.19	8227.30	8265.62
1 argentinische Papier-Peso . . .	7700.70	7739.30	7698.20	7736.80
1 belgischer Franc . . . . .	1179.54	1185.40	1177.05	1182.95
1 norwegische Krone . . . . .	3770.85	3789.45	3785.56	3784.44
1 dänische Krone . . . . .	4004.96	4025.04	3987.50	4007.50
1 schwedische Krone . . . . .	5548.59	5578.41	5543.60	5571.40
1 finnische Mark . . . . .	571.86	574.44	563.58	568.42
1 japanischer Yen . . . . .	9975. —	10025. —	9975. —	1025. —
1 italienische Lire . . . . .	1029.91	1035.09	1022.49	1027.57
1 Pfund Sterling . . . . .	9775.55	9824.55	9775. —	9824.55
1 Dollar . . . . .	20865.20	20969.80	20852.73	20957.27
1 französischer Franc . . . . .	1376.55	1383.45	1371.56	1378.44
1 brasilianischer Milreis . . . . .	2994.25	2905.75	2999.23	2910.77
1 Schweizer Franc . . . . .	8855.33	8874.67	8851.34	8870.66
1 spanische Pesta . . . . .	3205.96	3222.04	3201.97	3218.03
100 Ditt. Kronen (abgest.) . . . . .	—	—	29.10	29.81
1 tschechische Krone . . . . .	—	—	618.59	621.81
1 ungarische Krone . . . . .	4.76	4.80	4.78	4.77
1 bulgarische Lewa . . . . .	—	—	149.62	150.85
1 jugoslawischer Dinar . . . . .	—	—	212.21	213.29

# Jagd nach dem Glück.

Auf dem „grünen“ Rasen ist die „Morgenarbeit“ bereits wieder mit aller Macht in Gang, und der Galopp in Grunewald, Hoppegarten oder Karlsruh erscheint vielen von größerer Bedeutung, als alle politischen und volkswirtschaftlichen Probleme. Die Totolasse klappern wieder, und dieses Geräusch ist für Tausende lieblicher, als die schönste Musik. Denn ihre Zeit ist wieder gekommen, von der sie sagen und singen: „Das Glück dieser Erde liegt auf dem Rücken der Pferde!“ Was jedoch im Mund dieser guten Leute einen wesentlichen anderen Sinn hat, als in den bekannten Versen des Dichters. Von dem „versuchten Hunger nach Geld“ kann man allerdings mit dem lateinischen Schriftsteller heute und hier nicht sprechen. Aber der Hunger nach Papiergeld ist nicht minder heftig und heiß, und man glaubt, ihn am schnellsten und bequemsten auf dem „grünen Rasen“ stillen zu können. Es ist die moderne Jagd nach dem Glück, zu deren Aufbruch nun wieder gebahnt wird. Jeder Sonntag bringt neue Rätsel, an denen immer wieder vorbeigeraten wird, aber immer wieder hofft man, diesmal die Lösung zu finden, und an jedem Sonntag stürzt sich die Menge in breitem, massigem Strom auf dieses Feld, um das Glück zu fangen, das heißt, profanischer gesprochen, um ihre Briefstücken mit möglichst vielen Scheinen mühelos zu füllen.

Im alten preussischen Abgeordnetenhaus gab es einen Volksvertreter des Zentrums, Rieses, der in jeder Session nur einmal, und zwar zum Etat der Lotterieverwaltung sprach, den er ablehnte, weil das Spiel unsittlich sei. Was würde der alte Herr wohl sagen, wenn er heute noch lebte und die Leidenschaft auf dem Rennplatz sehen könnte! Ein ungeheurer Andrang am Tote. Wer im vierten Rennen weiten will, muß schon beim zweiten an der Totolasse Posto fassen. Und hinter den Beamten am Schalter der Kassen ganze große Wäschkörbe mit Papiergeld, auf das immer wieder neue Scheine gelegt, gestopft, gepreßt werden. Vielleicht würde auch der Herr Abgeordnete einsehen, daß mit moralisierenden Einsparungen der Leidenschaft nicht beizukommen ist. Ja, vielleicht hat hier überhaupt nicht der Arzt Stärke, noch Stimme, sondern der Psychologe, der inmitten von Waaenden und Bettenden, Glücklichen und Verzweifelten, Kundigen und Kennern „unsehbarer“ Tips, Schiebern und deren Schleppten vor neuen Problemen steht und staunt. Aber letzten Endes kommt man auch mit aller Psychologie nur immer bis an den hohen Zaun, der alles dieses umhebt, und hineinsehen in Herz und Hirn der Dinge kann alle Reflexion, alles Denken und Deuten nicht.

Wie ein Taumel nach Geld, nach Macht und Materiellem lobt es durch die wirbelnde Welt und auf den Rennplätzen ist es voller und toller, denn je. Die Starterglocke läutet zu neuen Rennen, und die moderne Jagd nach dem Glück raht weiter. Weniger nur sind es, die hören wollen, daß irgendwo ein warnender Ruf hallt: Retze sich wer kann!

## Die große Anzahlung.

### Schwindelacten eines mecklenburgischen Monteurs.

Von Lustgeheimen im großen führte ein Schwindler ein flottes Leben, bis er gestern hinter Schloß und Riegel gebracht wurde. Erstaunlich in dem Fall ist uns, wie wieder einmal große und angesehene Firmen, die bei jedem Angestellten, der sich um Stellung bewirbt, auf „lädenlose Zeugnisse und tadellose Vergangenheit“ sehen, einem iresch und plump auftretenden Schwindler wie Dumme ins Garn laufen.

Ein 50 Jahre alter Installateur und Monteur Reesen verließ im Oktober vorigen Jahres sein kleines Anwesen in Böten in Mecklenburg, ließ seine Familie hien und reiste umher, um große Schwindelgeschäfte zu machen. Er begann damit in Chemnitz. Endlich kam er auch nach Berlin. Wie in anderen Städten so setzte er sich auch hier mit großen Firmen in Verbindung und bot alles an, was sie nach der Art ihres Betriebes gebrauchen konnten. So verkaufte er einer Aktiengesellschaft 710 Tonnen Maschinengut, der in der Hälfte der Gesellschaft zerlegt und geschmolzen werden sollte. Einer anderen Firma die Inneneinrichtung eines großen Schiffes, das zur Abfertigung und zum Abbruch in Swinemünde liegen sollte. Auch 300 Morgen Wald in Mecklenburg, der nicht ihm gehörte, mußte er an den Mann zu bringen. Zum Abschluß der Geschäfte benutzte der Schwindler jedesmal fingierte und gefälschte Unterlagen. Seine Tätigkeit endete immer damit, daß er eine große Anzahlung in Empfang nahm. Die Ware war niemals vorhanden oder nicht sein Eigentum. Die letzten Geschäfte machte der Gauner mit seinen angeblichen Rechten auf Kohlenwägen in der Gegend von Görlitz. Gestern war Reesen von dem Prokuristen einer Aktiengesellschaft nach dem Potsdamer Platz bestellt worden, um eine große Anzahlung auf seine „Mutungsrechte“ in Empfang zu nehmen. Die Gesellschaft hatte aber inzwischen durch einen Vertrauensmann an Ort und Stelle festgestellt, daß sie es mit einem Schwindler zu tun hatte, und der Prokurist ließ ihn festnehmen. Weitere Mitteilungen über sein Treiben nimmt Kriminaloberwachtmeister Neumann, Dienststelle B. II. 1. A. im Zimmer 113 des Polizeipräsidiums entgegen.

## Die Bluttat vom Teufelssee.

Unter der Anklage der Tötung auf ausdrückliches und ernstes Verlangen hatte sich heute der Monteur Max Springer vor der 7. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorbehalt von Landgerichtspräsident Lamprecht zu verantworten. Es handelt sich um die Tötung des Dienstmädchens Elfriede Stahnke am 4. April 1922 in einer Schenke am Teufelssee im Grunewald. Ursprünglich war die Bräuterei auf Nord geführt worden. Der Angeklagte Springer ist vielfach vorbestraft, vorwiegend wegen Gewalttätigkeitshandlungen. Er war von Jugend auf dem Trunk ergeben und hat selten gearbeitet. Obwohl er verheiratet und Vater von vier Kindern ist, unterhielt er seit drei Jahren mit der Stahnke ein Verhältnis und erhielt ständig Geld von ihr. Frau und Kinder soll er sehr roh behandelt haben. Der Angeklagte bestritt jetzt alle diese in der Bräuterei erhobenen Tatsachen. Gegen die Stahnke, die auch bereits mehrfach vorbestraft war, schwebte nun ein Verfahren wegen Diebstahls, in dem sie am 1. April von der Polizei verurteilt worden war, außerdem ein zweites Verfahren wegen Beihilfe zur Abtreibung. Diese beiden Tatsachen sind für die Verhandlung von Wichtigkeit, da der Angeklagte damit den Lebensüberdruß der Getöteten begründet, und zwar mit dem Erfolge, daß die Anklagebehörde von der Anklage des Mordes Abstand genommen und nur Anklage wegen Tötung auf ausdrückliches und ernstes Verlangen der Getöteten erhoben hat.

## Verständigung mit den Kommunisten.

Man schreibt uns: Unter der Epithymarte „Verständigung zwischen SPD-Arbeitern und Kommunisten“ versucht die „Rote Fahne“ in ihrer Nr. 70 wieder einmal Propaganda für die kommunistische Politik zu machen. Es gehört tatsächlich ein ziemliches Maß von Verlogenheit dazu, die Behauptung aufzustellen, daß gelegentlich unserer letzten Volksversammlungen das Referat des Genossen Soufflotter-Hamburg kühl aufgenommen wurde. Das Gegenteil war der Fall. Dies der erste Schwindel. Erliegen ist auch, daß die Versammlungsleitung versucht hat, die Kommunisten nicht reden zu lassen. Die beantragte stündige Redezeit für Beo wurde gesamtordnungsmaßig zur Abstimmung gebracht und wie immer von unseren Genossen unterstützt. Also, die zweite Lüge. Die dritte ist, daß keiner unserer Genossen in der Debatte gesprochen hat. Dagegen verspricht die „Rote Fahne“ geflissentlich, daß der zweite

Vorsitzende den SPD-Mann Beo und den kommunistischen Schreiber nach der Einheitsfront die Nase herunterhieß. Sie verschweigt weiter, daß der Genosse Schiemann mit seinen Ausführungen die Wespenn der SPD zum ausschwärmen brachte. Die vierte Lüge ist, daß unsere Genossen sich bereit erklärten, mit den kommunistischen Maulfeiden sofort den proletarischen Selbstschutz in Moabit zu organisieren. Schwindel ist weiter, daß diese Zusammenkunft bereits am Sonntag stattfinden würde. Tatsache aber ist, daß einige dumme Jungen bei Beginn der Versammlung an die frische Luft befördert wurden. Tatsache und wissentliches Verschweigen der Wahrheit ist, daß die SPD-Rightslieder, vor allem die nach der Erziehung bedürftige männliche und weibliche Jugend die Versammlung störten. Selbst kommunistische Frauen und Männer gaben im Saal sowie unterwegs zu verstehen, daß sie diese kommunistischen Tiraden nicht mehr mitmachen. Kein vernünftiger Arbeiter und Sozialdemokrat denkt daran, mit den Kommunisten Hundstößen zu bilden. Das eine kann der „Rote Fahne“ gesagt werden, in Zukunft wird auch in Moabit mit den kommunistischen Versammlungsabsteuern etwas anders verfahren werden.

In dem Prozeß um den Gerüstesturz am Kahleberg Bahnhof brachte die Beweisaufnahme Widersprüche zwischen den Aussagen der einzelnen Zeugen und den Gutachten der Sachverständigen. Da die Verhandlung insbesondere darüber Zweifel ließ, ob die auf dem Gerüst beschäftigten Maler, wie seitens der Verteidigung dargestellt wird, im Aufschritt zu einer zum Frühstücksraum führenden Leiter geilt sind, beantragten die Verteidiger, noch zwei weitere Zeugen über diese Frage zu vernommen. Das Gericht gab diesem Antrag statt und vertagte die Verhandlungen auf Donnerstag 11 Uhr. Die Verhandlung wird dann voraussichtlich zu Ende geführt werden.

80 Millionen Nachsteuern und Strafen hat der Steuereuendienst beim Finanzamt für Umjahsteuer, Berlin-West, Friedrichstraße 218 allein seit Beginn des Jahres in dem von ihm verfolgten Fällen von Steuerzweckverhandlungen erhoben. Hierbei wurden in elf Fällen von Edelmetallhändlern, unter den über die Hälfte Ausländer waren, allein mehr als 28 Millionen Mark Strafen und Steuern eingezogen.

Zucker für April. Im Monat April gelangen zwei Pfund Zucker zur Verteilung an die Bevölkerung. Die April-Zuckerlartenmarken A und B dürfen mit je ein Pfund Zucker beliefert werden. Eine Belieferung auf Sondermarken ist für den Monat April nicht vorgesehen.

## Der Fall Reis.

### Ein deutschnationaler Redakteur unter Gattenmordanklage.

Unter ungeheurem Zuhörerandrang und einem Wassenaufgebot von Zeugen — es sind über hundert geladen — wird seit einer Woche vor dem Elbinger Schwurgericht gegen den deutschnationalen Redakteur Herbert Reis aus Marienburg wegen vorbedachten Gattenmordes verhandelt. Wäre dieser Fall nur eine gewöhnliche Ehegrabsche, so könnte man ihn mit ein paar Zeilen registrieren. Doch er verdient weitest Beachtung, weil der Rörber verdacht hat, die Justiz auf seine politischen Gegner zu heben und weil an Gerichtsstelle wieder einmal gezeigt wird, wie zweifelhaftes Suozjekt in der Redaktion eines deutschnationalen Blattes sein Wesen treiben kann.

In der Nacht des 10. Juli 1922 wurde die Ehefrau des Angeklagten Reis in ihrer Wohnung erschossen. Am nächsten Tag beschuldigte Reis in einem Artikel seiner Zeitung die Unabhängigen Sozialdemokraten Marienburgs der Täterschaft. Seiner Hehe, die von anderen deutschnationalen Zeitungen bereitwillig aufgenommen wurde, war es zu verdanken, daß acht Marienburger Eisenbahner verhaftet wurden. Das Verbrechen gegen sie mußte nach kurzer Zeit eingestellt werden, da die Verhafteten samt und sonders ihre Unschuld einwandfrei nachwiesen. Wenige Tage vor der Tat war angeblich eine Bombe in die Wohnung des Ehepaares geworfen worden. Einige Wochen nach dem Mord wurde dann Reis unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet. Von dem, was vor Gericht bisher ermittelt ist, nur einige kurze Proben:

Aus den Akten stellt der Vorsitzende fest, daß Reis sich selber zuerst zum Leutnant und dann zum Oberleutnant und schließlich sogar zum Doktor ernannte. Um die Einwilligung seiner Schwiegereltern zur Heirat mit seiner Frau zu erlangen, beging Reis eine Urkundenfälschung und machte sich fünf Jahre älter. Er ist heute erst 25 Jahre alt. Als die Franzosen 1918 die Rheinpfalz besetzten, bandelte er mit ihnen an und war einige Tage in der „Freien Pfalz“, einer französischen Zeitungsgründung, angestellt. Dann wurde er dort an die Luft gesetzt und machte in Buer, angeblich von eines Wädchens willen, einen Selbstmordversuch. In Herford lernte er seine Frau, die Tochter eines Installateurs, kennen, und heiratete sie innerhalb Monatsfrist. Die Frau erbte eine Dreizimmerwohnung als Ausstattung. Ein großer Teil der Zeugen weiß nichts zu der Sache zu bekunden. Bei einem anderen Teile wird die Deffektivität ausgeschlossen. Es wird festgestellt, daß Reis ein leichtsinniger Mann war und auch seine Frau krank gemacht hat. Beide haben im Marienburger Krankenhaus gelegen. Reis hat in Marienburg Umgang mit allerlei zweifelhaften „Damen“, darunter einer 14jährigen (!) Tänzerin gehabt. Bezüglich der

Bombe erklärt der Polizeiwachtmeister Gabriel, das Ding sei ganz ungeschädlich gewesen. Einige Stücke Blei, Kugelfeste und etwas Pulver in einer Konfektenschale, dazu ein Bindfaden als Zündschnur. Die mehrtägigen Zeugenvernehmungen bringen zahlreiche Widersprüche des Angeklagten zu Tage. Eine seiner „Freundinnen“ hat ihm nach der Tat ins Gesicht gesagt: „Du hast wohl selber Deine Frau erschossen.“ Nach dem Begräbnis verkaufte Reis die Möbel und bezahlte mit dem Erlös seine Schulden. Der Angeklagte hat, wie festgestellt wird, mit seiner Frau nicht gut gelebt. Trotzdem bleibt er noch auf der Anklagebank! Dabei, seine Frau sei das Opfer eines politischen Mordes geworden, der ihm geolten habe. Sie sei durch Klopfen in der Nacht ans Fenster gelockt und dann von der Straße aus erschossen worden. Sachverständiger Medizinalrat Groß, Marienburg, bekundet, daß dann die Frau den Kopf sehr tief geneigt haben müsse. Die weiteren Sachverständigenausagen sind für Reis sehr belastend. Sie stellen fest, daß Reis die Bombe selber angefertigt hat. Ein waffentechnischer Sachverständiger, der eine Versuchsbombe leitete, erklärt, Frau Reis sei mit der Waffe ihres Mannes erschossen.

In seinem Plädoyer erklärt der Staatsanwalt, niemals sei ein schamlozes Taschenpielerkunststück getrieben, als mit der Art, wie Reis den Verdacht seiner Tat von sich abwälzen wollte. Er habe den Verdacht auf die Sozialisten zu lenken versucht. Familienväter hätten wochenlang unschuldig wegen ihm im Gefängnis gesessen. Reis sei eine Abenteuer natur schlimmster Art. Das Plädoyer des Staatsanwalts geht weiter.

## Wetter für morgen.

Wetter bis Donnerstag mittag. Etwa wärmer, zunächst überlegend kälter bei ziemlich lebhaften südlichen Winden, nachher zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

9. Preis, Wilmersdorf. Die Sitzungen der Bildungsvereine um 8 Uhr finden nicht im Jugendheim, sondern im Restaurant Kaplans, Köpenickerstr. 2, statt.



